



4/2019

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ausgaben der ARD in Höhe von 120.000 Euro Gebührengelder für ein „Framing Manual“ haben sich gelohnt. Nun können wir es schwarz auf weiß lesen: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland heißt nun „Unser gemeinsamer, freier Rundfunk ARD“. Und dass ich mit meiner Rundfunkgebühr, nein, mit meiner „Rundfunkbeteiligung“ zum Erfolg dieses Systems gezwungen werde, macht mich stolz. Schließlich kann ich endlich den „medienkapitalistischen Heuschrecken“, wie es in dem Bericht heißt—der Schwarze Kanal hätte es übrigens früher nicht besser ausdrücken können—endgültig den Garaus machen.

Dass private Medien „profitwirtschaftlich und demokratiefiern“ sind, hatte ich schon lange vermutet. Es empfiehlt sich also, auch beim täglichen Zeitunglesen wieder auf das Neue Deutschland umzusteigen. Ach nein, dieses Blatt ist ja nun auch ein privatwirtschaftliches Medium geworden. Da beruhigt mich die Aussage in diesem Manual, die ARD wäre von uns, mit uns und für uns geschaffen, schon mehr. Damit kann ich ab jetzt die Zahlung der Kirchensteuer sparen, denn die ARD ist nun für mein Seelenheil zuständig.

Die ARD-Generalsekretärin meint, es handelt sich bei dieser Anleitung nur um Denkanstöße. Wozu brauchen wir diese schlaun Denkanstöße? Wahrscheinlich dämmert der ARD, dass sie große Teile ihrer Gebührenzahler, Stopp Rundfunkbeteiligte, nicht mehr erreicht; dass die Berichterstattung eben nicht mehr objektiven und unabhängigen Grundsätzen folgt und das permanente Abspielen von Krimis in Dauerschleife auch langweilen.

Meiner Meinung nach hat sich mit diesem Papier schlaglichtartig offenbart, wie in den Funkhäusern wirklich gedacht wird. Vermutet hatte ich das schon immer, die Bestätigung hat man jetzt selbst geliefert. Der ARD-Vorsitzende hält die Diskussion über das Papier für „völlig übertrieben“. Klar, wer auf einem warmen Intendantenstuhl sitzt, kann eigentlich gar nichts anders dazu sagen. Aber ob das die Bürger auch so sehen?

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und schalten sie den Fernseher einfach mal ab.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Umsetzungsstrategie der Bundesregierung – Digitalisierung gestalten. Um den digitalen Wandel in Deutschland erfolgreich zu gestalten, hat die Bundesregierung im Rahmen einer Umsetzungsstrategie zur Digitalisierung Schwerpunktvorhaben der einzelnen Ressorts zusammengestellt. Ziel der Vorhaben ist es, die Lebensqualität für alle Menschen in Deutschland weiter zu steigern und unser Land innovativer zu machen. In der Strategie benennt die Bundesregierung fünf Handlungsfelder: Digitale Kompetenz, Infrastruktur und Ausstattung, Innovation und digitale Transformation, Gesellschaft im digitalen Wandel und moderner Staat. Vorhaben im Bereich „Digitale Kompetenz“ sind beispielsweise der Digitalpakt Schule und die Nationale Weiterbildungsstrategie.

Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln – Perspektive der Betroffenen und Beteiligten mit einbeziehen. Ein Koalitionsantrag fordert die Bundesregierung auf, eine temporäre, unabhängige Anlaufstelle einzurichten. Bei dieser sollen Eltern, Kinder, Jugendliche, junge Volljährige, Pflegeeltern und professionelle Akteure vertraulich berichten können, welche Erfahrungen sie mit dem Hilfesystem und den familiengerichtlichen Verfahren gemacht haben. Diese Berichte sollen systematisch von Wissenschaftlern analysiert und ausgewertet werden. Des Weiteren wird die Bundesregierung aufgefordert, die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in den Kinderschutz-Verfahren voranzutreiben und die Forschung in dem Bereich auszubauen.

Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch. In 2./3. Lesung wurde der Gesetzentwurf beschlossen mit dem Ziel, die Information von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, zu verbessern. Zugleich soll Rechtssicherheit insbesondere für Ärzte und Krankenhäuser geschaffen werden. Besonders hervorzuheben ist, dass das Verbot der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch bestehen bleibt, um den Schutz des ungeborenen Lebens zu gewährleisten. Wir konnten durchsetzen, dass das grundsätzliche Verbot der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche in § 219a StGB erhalten bleibt.



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (Fragestunde und Regierungsbefragung). Neu ist, dass sich Bundeskanzler einer turnusmäßigen Befragung stellen müssen, welche dreimal im Jahr stattfinden soll. Darüber hinaus erhält der Bundestag künftig die Tagesordnung des Kabinetts vor der Regierungsbefragung, das heißt die Abgeordneten in den Fraktionen haben künftig vor Beginn der Fragestunde die Möglichkeit der Kenntnisnahme und Vorbereitung entsprechender Fragen. Die Regierungsbefragung soll in Zukunft 60 statt bisher 30 Minuten dauern. Die Dauer der anschließenden Fragestunde wird dafür auf 90 Minuten reduziert.

Gesetz zu Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union. Der Bundestag hat einen Gesetz beschlossen, das für den Fall eines unregelmäßigen Brexits Übergangsregelungen und demzufolge Rechtssicherheit für aktuell 300.000 im Vereinigten Königreich lebende Deutsche und 115.000 in Deutschland lebende Briten schaffen soll. Hintergrund ist, dass mit dem Ende der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU auch die Regelungen zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, die in verschiedenen EU-Verordnungen geregelt sind, entfallen. Diese EU-Verordnungen bilden bisher die Rechtsgrundlagen für die Gleichstellung der Leistungen unter anderem bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und in Bezug auf Rentenleistungen. Die Übergangszeit soll 5 Jahre betragen.

INDUSTRIESTRATEGIE 2030

Bundeswirtschaftsminister **Peter Altmaier** hat seine Industriestrategie 2030 vorgestellt. Er möchte mit seinem Papier eine Debatte um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland starten. Er sieht die **deutsche Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr** und will verhindern, dass Deutschland den **Anschluss an die führenden Industrienationen in der Welt verliert**.



Bei digitalen Technologien und vor allem bei der Künstlichen Intelligenz seien Europa und Deutschland nicht vorne mit dabei, stellt Peter Altmaier mit Sorge fest: **"Wer die Technologien verpennt, wird eines Tages die verlängerte Werkbank von anderen sein."** Zusammen mit dem französischen Handelsminister möchte Altmaier die Wirtschaft in Europa und besonders in Deutschland besser unterstützen und schützen. **"Größe zählt!"** heißt es in Altmaiers Papier. Zusammenschlüsse großer Unternehmen müssten möglich werden, um nationale und europäische Champions zu schaffen. Das Scheitern der Fusion zwischen **Siemens und Alstom** zum größten Zughersteller Europas durch die europäischen Wettbewerbsschützer hält der Bundesminister für falsch. Um mit China und den USA mithalten zu können, brauchen wir europäische Großunternehmen, die auf dem Weltmarkt bestehen können.

China auf Einkaufstour

Chinesische Übernahmen von und Beteiligungen an deutschen Unternehmen

	■ Übernahmen und Beteiligungen insgesamt	■ darunter mit bekannter Investitionshöhe	■ Bekannte Investitionen in Millionen Euro
2010	6	1	100
2011	24	7	1.056
2012	23	11	2.008
2013	23	4	412
2014	29	12	1.353
2015	24	7	663
2016	44	25	11.061
2017	40	15	12.113
2018	33	15	8.958

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Übernahmen chinesischer

Unternehmen haben in Deutschland im Vergleich zu 2010 stark zugenommen. Im Jahr 2018 hat das Institut der deutschen Wirtschaft für 2018 insgesamt 33 chinesische Beteiligungen und Übernahmen mit jeweils mehr als 10 Prozent der Stimmenanteile ermittelt. Das ist ein Gesamtvolumen von fast **9 Milliarden Euro**. Die Sorge, dass China Deutschland das Wasser abgräbt, ist daher nicht ganz unberechtigt. Für Übernahmen im sicherheitsrelevanten und militärischen Bereich gibt es mit der dahingehend geänderten

Außenwirtschaftsverordnung nun eine Möglichkeit, dies zu verbieten. Grundsätzlich sollte das der freie Markt jedoch regeln. Protektionismus wie er gerade auf der Welt um sich greift, ist die falsche Wahl.

Neben dem besonderen Fokus auf große Unternehmen möchte das Ministerium auch kleinere Unternehmen bei Forschung und Entwicklung helfen. Es bleibt nicht zu vergessen, dass vor allem der **Mittelstand das Herz der deutschen Wirtschaft** bildet und mit großen Innovationspotential ausgestattet ist. Dieses Potential gilt es weiterhin zu fördern und womöglich neue Weltmarktführer zu kreieren.

Über diesen Aufschlag des Ministerium wird nun in der nächsten Zeit zu diskutieren sein. Es steht die Frage im Raum, wie weit der Staat ordnungspolitisch in den Markt eingreifen oder womöglich selbst als Unternehmer auftreten will. Wobei anzumerken wäre, dass es in der Vergangenheit genügend Beispiele gab, wo diese Verfahrensweise nicht gut ausgegangen ist.

„Schuster bleibt bei deinen Leisten“ wäre hier ein guter Rat. **Der Staat setzt Rahmenbedingen und spielt nicht den Unternehmer.**

BEGEGNUNGEN



Diese Woche stand ganz unter dem Motto Afrika. Über 80 Unternehmer und Experten tauschten sich beim **10. Runden Tisch „Afrikas Wirtschaft im Fokus“** zum Entwicklungsinvestitionsfonds aus, den die Bundeskanzlerin im Oktober letzten Jahres im Rahmen der G20-Initiative Compact with Africa angekündigt hat. Der Fonds muss nun zügig kommen, damit mehr Mittelständler den Markteintritt in afrikanischen Ländern wagen.



Der **Arbeitskreis Afrika der CDU/CSU-Fraktion** empfing eine **Delegation aus dem Sahel**, darunter der Generalsekretär der G5 Sahel, Maman Sambo Sidikou. Der 2014 von Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad ins Leben gerufene Staatenbund will die v.a. die Sicherheitslage in der Region verbessern. Seit Ende 2017 ist die **Einheit für grenzübergreifende Anti-Terror-Einsätze** im Einsatz und mittlerweile 4.800 Soldaten stark. Zudem wurde eine regionale Polizeiakademie gegründet. Herausforderung bleibt die Koordinierung zwischen der gemeinsamen Truppe und den nationalen Armeen.

Bei der **Beiratssitzung der Deutsch-Mosambikanischen Gesellschaft (DMG)** konnten wir erneut auf eine gute Entwicklung im letzten Jahr zurückblicken. Die Zahl der von der DMG unterstützten Schulen nimmt weiter zu. Im Sommer 2019 werden wir z.B. in einem sehr armen Viertel der Stadt Vilankulo eine neue Vorschule und eine Schule eröffnen. In Vilcano wird ebenso ein Ausbildungszentrum für Metallbau mit schulungs- und Maschinenraum entstehen.



Im **Interview mit der Deutschen Welle** habe ich über die Reise des Wirtschaftsausschusses nach Angola berichtet. Vor allem in der Energiewirtschaft sehe ich gute Chancen für eine engere Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft. Einige gute Projekte gibt es bereits. Die Rahmenbedingungen im Land müssen aber weiter verbessert werden, um Investoren anzulocken. Der Reformkurs der neuen Regierung in Angola stimmt mich optimistisch.

TERMINE

25.02.2019, Dresden

Besuch Smart System Hub

28.02.—06.03.2019, Kanada

Reise mit Oliver Wittke MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMWi

07.03.2019, Berlin

Internationale Tourismus-Börse

08.03.2019, Dresden

Besuch Lukaskirche

Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb